

Naturschützer und Bauernverbände: GAK-Mittelkürzungen sind nicht hinnehmbar

Gemeinsamer Appell des Veränderungsdialogs Baden-Württemberg zur Herbst-Agrarministerkonferenz 2023

Die geplante Streichung bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)“ durch die Bundesregierung machen bereits erreichte Ziele wieder zunichte und schwächen die Landwirtschaft und den Ländlichen Raum enorm, erklären die im Veränderungsdialog Baden-Württemberg versammelten Organisationen, der Badische Landwirtschaftliche Hauptverband (BLHV), der Landesbauernverband in Baden-Württemberg (LBV), die Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau (AÖL) und der Naturschutzbund (NABU) Baden-Württemberg. Sie fordern die Agrarminister nachdrücklich auf, sich gegen diese Kürzungen zu stellen. Die Initiative entwickelt Lösungsansätze für eine zukunftsfähige Landwirtschaft und setzt sich für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ein. "Die vorgeschlagenen Kürzungen gefährden unsere Bestrebungen, den Landwirtinnen und Landwirten in Baden-Württemberg eine sichere wirtschaftliche Zukunft zu bieten und gleichzeitig die Umwelt sowie die natürlichen Ressourcen zu schützen", warnen die Verbandsvertreter.

BLHV-Präsident Bernhard Bolkart fügt hinzu: "Sparen an der falschen Stelle kann uns alle langfristig teuer zu stehen kommen. Es ist an der Zeit, dass unsere Agrarpolitik beiden – Landwirtschaft und Umwelt – gerecht wird". Auch Jürgen Maurer, Vizepräsident des Landesbauernverbandes in Baden-Württemberg, warnt vor den Auswirkungen: "Die geplanten Kürzungen verspielen leichtsinnig die von Politik und Gesellschaft geforderte zukunftsorientierte Ausrichtung unserer Landwirtschaft".

„Wenn die selbsternannte Fortschrittskoalition bei den Förderprogrammen zum nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft den Rotstift ansetzt, gewinnt sie dabei nichts, denn sie verspielt im ländlichen Raum das Vertrauen in die Regierung“, erklärt NABU-Landesvorsitzende Johannes Ennsle.

Marcus Arzt von der Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau warnt: „Die GAK ist ein zentrales Instrument zur Finanzierung gesellschaftlicher Ziele im ländlichen Raum. Hier werden die Weichen gestellt, ob sich Ökologie und Landnutzung vereinbaren lassen. Das Modell der Kofinanzierung von Förderprogrammen gibt Verlässlichkeit und hat sich bewährt. Der Bund darf sich hier keinesfalls aus der finanziellen Verantwortung ziehen. Sonst sind zentrale Ziele für Landwirtschaft und Umwelt, auch der weitere Ausbau der Ökologischen Landwirtschaft, unmittelbar gefährdet.

Die Initiatoren des Veränderungsdialogs fordern die Agrarminister von Bund und Ländern auf, sich mit Nachdruck für den Erhalt der GAK-Mittel einzusetzen und somit ein klares Signal für die Bedeutung einer nachhaltigen Landwirtschaft zu setzen.

Ansprechpartner für Pressefragen:

Padraig Elsner, Badischer Landwirtschaftlicher Hauptverband, Telefon: 0761/2 71 33-231, E-Mail: Padraig.Elsner@BLHV.de